



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel.: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Basel, 16. Dezember 2025

Regierungsratsbeschluss vom 16. Dezember 2025

Änderung Bankengesetz und Eigenmittelverordnung (Eigenmittelunterlegung ausländischer Beteiligungen im Stammhaus von systemrelevanten Banken); Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 26. September 2025 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung des Bankengesetzes und der Eigenmittelverordnung zukommen lassen und uns eingeladen hierzu Stellung zu nehmen.

Dem Regierungsrat ist es wichtig, dass die Lehren aus der Krise rund um die Credit Suisse gezogen werden und das regulatorische Fundament für eine stabile und widerstandsfähige Banklandschaft in der Schweiz gestärkt wird. Gleichzeitig ist die Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz im Auge zu behalten. Der Finanzplatz ist ein wichtiger Arbeitgeber in der Schweiz und bietet entsprechend viele attraktive Arbeitsplätze. International tätige Banken sind für die Volkswirtschaft der Schweiz wichtig. Sie erbringen insbesondere mit ihren Tochtergesellschaften für Schweizer Unternehmen und Privatkunden im In- und Ausland spezialisierte Dienstleistungen.

Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich, dass systemrelevante Banken ihre Auslandstöchter mit Eigenkapital unterlegen müssen. So kann verhindert werden, dass das harte Eigenkapital des Stammhauses durch Verluste geschmälert wird und die Bank so nicht genügend Mittel hat, um das eigene Risiko zu decken. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Variante geht aus unserer Sicht aber sehr weit und wäre im internationalen Vergleich eine sehr strenge Regulierung. Aus unserer Sicht sind alternative Regulierungsvarianten nochmals vertieft zu prüfen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin